

Raina Zimmering

Der verletzte Leviathan und seine Antagonisten

Das Leben in einer Welt von Nationalstaaten als frustrierte und bedrohte Bürger und die Suche nach einem Ausweg in alternativen autonomen Räumen

Der folgende Beitrag ist Teil des Programmes der Konferenz des World Social Science and Humanities Network, ein internationaler multidisziplinärer Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlern, die sich der Internationalisierung von sozialwissenschaftlichem Denken verbunden fühlen. Sie treffen sich mehrmals im Jahr zu einem übergreifenden Thema auf verschiedenen Kontinenten. Die Konferenz zum Thema „Living in a World of Nation States“ fand nach einem Treffen an der Tokio-University im März 2019 nun in Lissabon vom 6. bis 7. Dezember 2019 statt. Überwiegende Diskussionspunkte waren eine Kritik der bisherigen sozialwissenschaftlichen Ansätze zum Nationalstaat, das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Gesellschaft an verschiedenen Beispielen, eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Beschaffenheit des Nationalstaates innerhalb der bestehenden Situation in der Welt, die durch beschleunigte Kapitalisierungsprozesse, Kriege, soziale Spaltungen, Umweltkatastrophen und eines Machtzuwachses der wichtigen Kapitalakteure geprägt ist. Wichtig dabei war der Empire-Ansatz, der den Nationalstaat als abhängig von transnationalen Prozessen darstellte. Dem Thema der Autonomien widmeten sich gleich zwei Beiträge, worunter der nun folgende auch fällt. Mein Beitrag soll besonders den Fragen folgen:

- 1. Ist eine Erneuerung des krisengeleiteten Nationalstaates im Westen möglich?*
- 2. Welche anderen Formen sozialer Organisation dienen besser den fundamentalen Bedürfnissen der Menschen als die des Nationalstaates?*
- 3. Können autonome Räume eine Alternative zum kapitalistischen Nationalstaat bieten?*

1. Allgemeine Kriterien und Funktionsweisen des Nationalstaates

Die Idee des Nationalstaates beruht auf der Idee der Souveränität der Nation, die sich besonders in der französischen Revolution herausbildete. Sie setzt sich nach Gehlen besonders aus den drei Elementen Staatsgewalt, Staatsvolk und Staatsgebiet zusammen. Der Nationalstaat hat sich zusammen mit dem Kapitalismus herausgebildet und begründete die Herrschaft der Bourgeoisie und stellt somit ein Ordnungsinstrument dar, innerhalb dessen die kapitalistische Gesellschaft einen entsprechenden politischen Rahmen bekam. Die Bewohner der Nationalstaaten haben bestimmte Rechte und Pflichten. Nach Thomas Hobbes besteht das wesentliche Recht im Schutz des Eigentums der Bürger, dem Anspruch auf Wohlfahrt und Sicherheit. Dafür haben die Bürger die Pflicht, das

Gewaltmonopol an den Staat abzugeben, der über dieses entscheidet und es zur inneren Ordnung und äußeren Verteidigung anwendet. Nationalstaaten verfügen über ein festgelegtes Territorium. Diese allgemeinen Kriterien von Nationalstaaten unterlagen entsprechend der verschiedenen Entwicklungsphasen des Kapitalismus ständigen Wandlungen, doch die Grundfunktionen des Staates blieben immer erhalten. In einer bestimmten Entwicklungsphase kam es zur Herausbildung von sozialistischen Staaten, die durch kollektives Eigentum und eine Parteiherrschaft charakterisiert waren, d.h. das Recht auf Eigentum wurde vom individuellen Recht auf ein kollektives übertragen. Die sozialistischen Staaten stellten einen Übergang zwischen kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaften dar, in denen der Staat abgeschafft werden sollte. Nach dem Zusammenbruch der meisten sozialistischen Staaten dominiert nun in der Welt die kapitalistische Gesellschaft, die sich nun aber wieder stark veränderte und damit auch der Nationalstaat.

2. Die Veränderungen der Funktionen und Kriterien des Nationalstaates im Neoliberalismus

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und Entwicklungsländer mit nichtkapitalistischem Weg konnte sich die neoliberale Entwicklung des Kapitalismus breit entfalten und erreichte globale Dimensionen, wodurch der Nationalstaat seine Funktionen und traditionellen Kompetenzen erheblich veränderte. Der neoliberale Nationalstaat schuf transnationale Akteure, die eine Beschleunigung der Profitrate und die Konzentration und Zentralisation des Kapitals besser gewährleisten konnten als dies auf rein nationaler Ebene möglich wäre. Die schon von Karl Marx festgestellte Tendenz der Internationalisierung des Kapitals konnte sich jetzt fast schrankenlos entwickeln. In den neoliberalen Nationalstaaten wurde besonders der Bereiche der Wohlfahrtsgarantie für die Bürger durch den Staat zurückgefahren. Mit dem Argument, die Unternehmen würden in Billiglohnländer abwandern, werden Sozialausgaben gekürzt, öffentliche Bereiche wie Bildung und Gesundheit privatisiert und Umweltstandards ausgehöhlt. Ergebnis dieser Entwicklung ist die Verarmung eines Teils der Bevölkerung in den entwickelten demokratischen Staaten. Gegenüber dieser Gruppe gewährleistet der Staat seine Wohlfahrtsfunktion nur noch eingeschränkt. Soziale Spaltungen nehmen zu und unterminieren den nationalen Konsens. Ein besonderes Charakteristikum ist die Finanzialisierung der Wirtschaften, in denen der Finanzsektor mit Werten, Bewertungen und Finanzspekulationen zum ersten Kapitalproduzenten wurde. Die verarbeitende und extraktive Industrie fiel hinter den Finanzsektor weit zurück. Um weitere Profite zu erzielen, wanderten die verarbeitende und produzierende Industrie in großen Maßstab aus den industriellen Zentren in Billiglohnländer der Peripherie ab mit negativen Folgen auf das Arbeitsrecht und der staatlichen Sozialpolitiken. Der explosionsartig wachsende Dienstleistungssektor und der Aufstieg des Finanzsektors in den Zentren konnten den Niedergang und die Abwanderung der verarbeitenden Industrie nicht ausreichend kompensieren. Es kam zu Krisen, bes. 2008, die insbesondere den Finanzsektor betrafen und praktisch alle Nationalstaaten erfassten. Nun ergriff der Staat Regulierungsmaßnahmen, um die

Banken mit öffentlichen Geldern zu retten. Nicht dass nun von der Finanzialisierung der Wirtschaften und Gesellschaften Abstand genommen wurde, die Nationalstaaten vertieften diesen Weg noch. Mit der Krise ging eine noch höhere Konzentration und Zentralisation des Kapitals einher, die mit den größten Kapitalorganisations der Welt „Black Rock und Co.“ endete, die nun als oberster Kapitalverwalter der Welt eine ungeheure Machtkonzentration in sich vereint. Diese Firma ist in den USA angesiedelt und entscheidet über das Schicksal der Finanz- und Produktionsbranche aller großen Firmen der Welt in allen Nationalstaaten und nimmt auf die Nationalstaaten großen Einfluss (Rügemer, 2018). Sie berät Regierungen und entscheidet über die weltweiten Kapitalströme. Die Nationalstaaten sind somit das Tummelfeld von „Black Rock“ geworden und hofieren „Black Rock“, da er deren Eliten Extraprofite garantiert. Die neoliberale Politik der Nationalstaaten hat sich damit potenziert und weiter entgrenzt.

Gleichzeitig mit der Suche nach neuen Kapitalverwertungsgebieten breitete sich der militärisch industrielle Komplex aus, was schließlich zu einer Militarisierung der Nationalstaaten mit steigenden Rüstungs- und Sicherheitsausgaben führte, was die soziale Situation in den westlichen Staaten weiter verschärfte. So kommt es, dass die Gesamtwirtschaftsleistung der USA sinkt, aber seine militärische und Finanzmacht ständig steigt. Die Neoliberalisierung und Finanzialisierung der Wirtschaften der Nationalstaaten hat außerdem zu dem Phänomen der Fragmentierung des nationalen Territoriums geführt. Durch Sonderwirtschaftszonen (z.B. Start-up-Cities, Cybercities, Exporthäfen), die über die ganze Welt verbreitet sind, werden ultraliberale Kerne innerhalb der Nationalstaaten mit dessen Einverständnis geschaffen, in denen keine staatlichen Arbeitsrechte gelten und die der staatlichen nationalen Kontrolle weitgehend entzogen werden. Einzelkapitalisten kaufen dem Staat diese Territorien ab und bilden Enklaven, die nach eigenen Gesetzen leben, hochspezialisierte Arbeitskräfte aus der ganzen Welt angesiedeln, denen hohe soziale Standards geboten werden. Die örtliche Bevölkerung profitiert nicht davon und wird meistens von dem gekauften Territorien vertrieben. Die Zonen zahlen keine Steuern, schließen ohne Einverständnis und Wissen des Staates internationale Verträge ab und sind mit der globalen Wirtschaft aufs Engste verbunden. In den Enklaven werden die nationalstaatlichen Kriterien wie Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht für den Nationalstaat, der sie beherbergt, außer Kraft gesetzt. Die Funktionsweisen des Nationalstaates gelten in den Enklaven nicht mehr: die Rechte und Pflichten der Bewohner beziehen sich nicht auf den Nationalstaat, sondern nur auf die Enklave. Das einzige, was der Nationalstaat für die Enklaven garantiert ist deren Sicherheit (Falero, 2015).

Die politischen Einflussmöglichkeiten der Bürger auf den Staat werden in demokratischen Staaten des entwickelten Kapitalismus durch den zunehmenden Einfluss von transnational vernetzten und unüberschaubaren Lobbygruppen in der Politik, die keiner gewählt hat, stark eingeschränkt. So entschied „Black Rock“ über die Mieten der Sozialwohnungen in Berlin, die er fast alle aufkaufte. In der neuen Form des Neoliberalismus gewinnen die großen „Finanzorganisatoren“ einen enormen Einfluss auf die Politik der einzelnen Staaten, die die Sozialausgaben weiter zurückfahren, Privatisierungen weiter vorantreiben (im Gesundheitsbereich, Rentenaufbau, Bildungssektor), prekäre Arbeitsverhältnisse,

Rentenkürzungen und Ausgaben für Bildung in noch größerem Maßstab verursachen. Das Ohnmachtsgefühl des einfachen Bürgers wird umso mehr gesteigert, je mehr sich die Versprechen der Regierungsparteien nicht bewahrheiten. Eine Folge ist der Einflussverlust der großen Volksparteien in den westlichen Staaten, das Versagen der Linksparteien und die Ausbreitung von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien wie der AFD in Deutschland, der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien und der Bewegung von LePen in Frankreich.

Die wachsenden sozialen Spaltungen betreffen aber nicht nur die Bürger innerhalb der Nationalstaaten, sondern auch zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden. In den Ländern des globalen Südens kommt es zu ungleich größeren sozialen und Umweltverwerfungen, zu Hungerkrisen, staatlichem Zerfall, einer Ausbreitung des organisierten Verbrechens, extremistischer religiöser Bewegungen und zu heißen Kriegen.

Also sind die Bürger in den Nationalstaaten im zunehmenden Maße unzufrieden und in ihrem Bürgersein bedroht. Offensichtlich ist der weltweite Kapitalismus in einem Stadium („Black Rock“, die Zunahme heißer Kriege) angekommen, in der er für die Eliten für ihre fortgesetzte Herrschaft sehr effektiv, für die Masse der Bürger innerhalb der westlichen Welt zunehmend belastend und innerhalb des globalen Südens oftmals unerträglich wird, was die großen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen beweisen.

Die Suche nach einem Ausweg aus dieser Situation bestimmt unsere Zeit und führt zu Gegenbewegungen. Eine Neuauflage einer Art von Staatssozialismus erscheint angesichts dessen Scheiterns auf der Grundlage von Autoritarismus und hierarchischer Parteienherrschaft eine unwahrscheinliche Option, es sei denn es handelt sich um die „Chinesische Variante des Sozialismus“, die einen verregelten Neoliberalismus mit Parteienherrschaft verbindet. Eine Reihe von Bewegungen möchte eine andere Gesellschaft mit Partizipation von unten, einer besseren sozialen Verteilung, Gendergerechtigkeit und Umweltverträglichkeit, die die Grundpfeiler der kapitalistischen Gesellschaft in Frage stellen. Zu diesen Bewegungen zählen die Alterglobalisierungsbewegung, die Antigipfel, die Sozialforen, Anomymous, ATTAC, Degrowth, solidarische Ökonomie, der Gelbwesten in Frankreich, Fridyas for Future und Human Rights- und Friedensbewegungen und viele mehr. Diese emanzipatorischen Bewegungen weisen meistens Staatsgewalt zurück und bevorzugen kommunitäre und partizipative Formen der Organisation.

Aber es gibt auch Bewegungen und Parteien, die die alten Rechte und Pflichten der Nationalstaaten wieder herstellen und oder hinter dies sogar zurück gehen wollen (Kaiserreich) und eher einer konservativen und rückwärtsgewandten Sichtweise anhängen. Meistens verbindet sich dieser Konservativismus mit Rassismus, Nationalismus und Xenophobie und richtet sich aufgrund der gedachten Einheit und „Reinheit“ der Nation gegen Flüchtlinge und Migranten. Aber auch extremistische religiöse Bewegungen wie der aggressive Islamismus und ein großer Teil der anglikanischen Kirche in Amerika glauben an die Erneuerung der Gesellschaft durch die Hinwendung zu Gott, wobei andere Religionen verteufelt werden. Die zweite Form von Gegenbewegungen, die konservativ und rechts ist, dient den neoliberalen Nationalstaaten oftmals als

Vorwand, um die ultraliberale Politik noch zu verstärken und diese durch eine Sicherheitspolitik zu untermauern, die die bürgerlichen Freiheitsrechte der Bürger, wie z.B. die digitale Überwachung, weiter einzuschränken.

3. Emanzipatorische Bewegungen suchen einen Ausweg aus der Krise des Nationalstaates

Die sogen. emanzipatorischen Bewegungen sind über die ganze Welt verbreitet und haben sich seit den 2000er Jahren innerhalb der und zwischen den Nationalstaaten stark ausgebreitet. Trotz des enormen Engagements ihrer Mitglieder brachten es diese Bewegungen jedoch bis jetzt nicht fertig, eine durchsetzungsfähige Alternative gegen den kapitalistischen und neoliberalen Nationalstaat zu entwickeln. Was den meisten der gen. antikapitalistischen Bewegungen jedoch gemeinsam ist, ist ihre antietatistische, basisdemokratische und kommunitäre Ausrichtung. In diesem Zusammenhang sind diejenigen Bewegungen von besonderem Interesse, die diese Ziele bereits innerhalb von alternativen autonomen Räumen realisieren. Diese Räume stellen sowohl eine Alternative zum kapitalistischen als sozialistischen Nationalstaat dar. Sie könnten einen Weg zu einer antikapitalistischen und antietatistischen Gesellschaft aufzeigen. Beschäftigen wir uns mit dieser Form gesellschaftlicher und politischer Organisation.

Nur sehr vage wurde von der wissenschaftlichen Rezeption eine neue Tendenz wahrgenommen, die zu der rechtspopulistischen und neoliberalen Kultur ein Gegenstück darstellt: die Errichtung alternativer autonomer Räume, in denen sich andere Politik- und Verteilungsprinzipien auf der Grundlage einer alternativen Kultur entwickeln. Diese autonomen alternativen Räume sind durch eine kommunitäre politische Kultur gekennzeichnet, die die Übernahme und Ausübung von Macht ablehnt, Basisdemokratie, kollektives Eigentum und kollektive Verteilung gewährleistet und den Prinzipien von Diversität, Solidarität, Multikulturalität, Gendergerechtigkeit und einem nachhaltigen Naturschutz folgt. Oftmals sind diese Räume örtlich und lokal gebunden. Da diese Räume innerhalb von Nationalstaaten agieren, deren Organisationsformen aber ablehnen, stellen sie eine Art von Enklaven innerhalb des Nationalstaates dar. Sie wollen nicht die Macht im Nationalstaat übernehmen, wie es die klassische Arbeiterbewegung und Guerilla taten. Je nachdem wie die Nationalstaaten organisiert sind, akzeptieren sie diese andere Form von gesellschaftlicher Organisation oder nicht, jedoch sind sie permanent in ihrer Existenz durch den Nationalstaat bedroht. Meistens sind diese Formen von alternativen autonomen Räumen aus dem Widerstand gegen staatliche Politik und dem Bedürfnis einer anderen gesellschaftlichen Organisation erwachsen.

In Europa gibt es eine Reihe von Initiativen, die durch eine andere Gesellschaftsorganisation und Organisation des gemeinschaftlichen Lebens als autonome alternative Räume bezeichnet werden können. Ein Beispiel sind die 1973 gegründeten Kooperativen von „Longo Mai“ in der Schweiz, Frankreich, Österreich, der Ukraine und Deutschland, die annähernde Selbstversorgung mit alternativem Wirtschaften, linkem politischem und bürgerrechtlichem

Engagement, politischer Bildung und Solidaritätsaktionen, besonders für diskriminierte Bevölkerungsschichten im globalen Süden und der Menschenrechtsarbeit, verbinden (Buess 2013). Auf der Website von „Longo Mai“ heißt es: „Die Idee ist es, antikapitalistisch auf der Basis der Selbstversorgung zu leben.“ (Longo Mai 2018).

Weitere Beispiele für alternative solidarische Lebensräume in Europa sind die „zone à défendre“ in Frankreich und „Christiania“ in Dänemark. Bei der „zone à défendre“ handelt es sich um ein 10 Jahre lang besetztes ökologisch wertvolles 12 Quadratkilometer großes Feuchtgebiet bei Nantes, das zum Bau eines Großflughafens dienen sollte. Eine breite soziale Bewegung wollte den Bau verhindern. Aktivisten bauten Häuser, verwalteten und versorgten sich selbst. Präsident Macron ließ im Mai 2018 das Gebiet durch die Nationalgarde räumen und zerstörte das alternative Projekt (Volkert 2018), obwohl er schon im Januar 2018 den andauernden Protesten der Umweltbewegung nachgab und den Bau des Flughafens aufgab. (Tzermias 2018). Inzwischen hat sich eine große Solidaritätsbewegung in Frankreich und in ganz Europa für die sogen. Zadisten (abgeleitet von zone à défendre) herausgebildet (Europäisches Bürger*innenforum 2018). Einem ganz ähnlichen Muster folgten die Ereignisse im Hambacher Forst in Deutschland, der durch Kohlentagebau zerstört werden sollte. Sechs Jahre lang besetzten Aktivisten den Wald, bis er am 13.09.2018 von der Polizei geräumt wurde. Dort konnten Aktivisten trotz der Repressionen einen zeitlich begrenzten Stopp der Rodungen durch das Oberverwaltungsgericht Münster für den Hambacher Forst erwirken, das die Räumungsaktivitäten der Polizei vorerst beendete und einen Aufschub der Räumung bewirkte (Frankfurter Rundschau, 24.09.2018). Der Hambacher Forst wurde inzwischen wieder bewohnt und es finden fortgesetzt Bürgerproteste statt.

Gefestigte und auf Dauer gestellte autonome alternative Räume sind in Lateinamerika und Asien noch stärker als in Europa entwickelt. Unter den vielen Beispielen möchte ich die autonomen zapatistischen Gemeinden im Südosten von Mexiko in Chiapas, die Selbstverwaltung des Nasa-Volkes des Cauca in Kolumbien (Campo Palacios 2018) oder die Dalit- und Adivasi-Bewegung in Indien (Roy 2002) anführen. Obwohl die alternativen autonomen Räume auf sehr unterschiedliche Weise und an ganz verschiedenen Orten der Welt entstanden sind, weisen sie ein gemeinsames Charakteristikum auf. Sie entziehen sich der kapitalistischen Mainstream-Kultur und entwickeln eine Gegenkultur bzw. eine neue andere Kultur, deren Hauptmerkmal das inkludierende und diversitätsrelevante

Moment von Gesellschaft darstellt. Es scheint so, als würden diese Räume heute Samen einer neuen gesellschaftlichen Organisation sein, die aus dem Entwicklungsdilemma des ultraliberalen kapitalistischen Nationalstaats und den gescheiterten sozialistischen Staaten einen Ausweg bieten. Da diese Räume neue Demokratieformen praktizieren, ist die Frage, ob Demokratie auch ohne Staat vorstellbar ist. Jacques Derrida sprach über eine „noch nicht gedachte Demokratie“: „eine künftige und im Kommen bleibende, eine noch nicht gegebene, nicht gedachte, ja unterdrückte oder verdrängte Demokratie, die nicht bloß in keinem Widerspruch zu dieser asymmetrischen Krümmung und dieser unendlichen Heterogenität stünde, sondern in Wahrheit von ihr gefordert würde.“

(Derrida 2004: 116-118). Doch entgegen der These von Derrida wird eine neue Demokratie bereits gedacht und auch praktiziert, und das innerhalb nichtstaatlicher Räume. Die These, dass in autonomen alternativen Räumen bereits eine neue Demokratie im Entstehen ist, möchte ich am Beispiel der Zapatisten in Mexiko explizieren. Doch zuvor möchte ich zur theoretischen Untermauerung auf Raumtheorien zurückgreifen.

3. Raumtheorien

Im Vortrag sollen die Unterschiede zwischen alternativen autonomen Räumen und kapitalistischen Nationalstaaten anhand politischer und kultureller Raumtheorien analysiert werden. Diese Theorien waren meistens Reflexion gesellschaftlicher und politischer Krisen und der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen. Der Geograph und Soziologe Henry Lefebvre entwickelte zwischen 1960 bis 1990 Konzepte einer marxistischen Raumtheorie als wichtige Grundlage für eine Gegenkultur zur kapitalistischen Gesellschaft, die in Nationalstaaten organisiert ist. Lefebvre ging davon aus, dass soziale Räume sozial konstruiert werden und konstatierte, dass sich der Kapitalismus Räume aneignet, diese aber auch wieder aufgibt. In den vom Kapital „verlassenen“ Räumen entsteht die Möglichkeit, eine antikapitalistische Kultur zu entwickeln. Dabei räumte er neuen sozialen Bewegungen, wie Studentenbewegungen oder Stadtteilbewegungen, eine fundamentale Rolle bei der Aneignung dieser Räume ein (Lefebvre 1991). Die Raumtheorie von Lefebvre wurde von der 1968er Bewegung und deren Theoretikern begierig aufgenommen. Herbert Marcuse prägte in seinem Buch „Der eindimensionale Mensch“ den Begriff der „Gesellschaft ohne Opposition“ (Marcuse 1967). Marcuse arbeitete heraus, dass der „entwickelte Kapitalismus“ in der Lage sei, die Menschen, besonders die Arbeiterklasse als von Marx bestimmtes revolutionäres Subjekt, einzufangen, ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, Opposition als hohes Risiko der eigenen Lage erscheinen zu lassen und somit Zustimmung zur kapitalistischen Gesellschaft zu erreichen. Die Arbeiterklasse hätte entsprechend der „affirmativen Kraft des eindimensionalen Denkens“ kein Interesse mehr daran, die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden. Insbesondere der Konsum korrumpiere die Menschen und schaffe „falsche Bedürfnisse“ und hat das Fühlen und die Bedürfnisse grundlegend geändert. Für die „Große Verweigerung“ gab es für ihn nur die Möglichkeit, außerhalb des Konsum-Kapitalismus zu leben. Marcuse billigte Gruppen wie schwarzen Aktivisten, Hippies, Feministen und Studenten diese Erneuerungskraft zu, die sie in alternativen autonomen Räumen innerhalb von Nationalstaaten verwirklichten.

Die Studenten der 1968er Revolte folgten Marcuse, übten entsprechend der „Großen Verweigerung“ Widerstand gegen die „Eindimensionalität“ im Konsumkapitalismus und konstruierten Räume in autonomen Wohngemeinschaften, Studienzirkeln und besetzten Hörsäle und Straßen, in denen sie nach ihren „wahren Bedürfnissen“ leben konnten. Sie brachten es fertig, dem unterdrückten Subjekt, das hieß damals der nicht anerkannten Ideale ihrer Jugend von Antifaschismus, Freiheit und Gerechtigkeit, Geltung zu verschaffen und brachten Verachtung gegen die durch Naziherrschaft und durch

Konsumsucht verdorbenen Eltern-Generation zum Ausdruck. Durch den von Rudi Dutschke propagierte „Marsch durch die Institutionen“ (Dutschke 1967), der zur Aufhebung dieser gedacht war, aber nicht eintrat, verließen die revoltierenden Studenten den von ihnen geschaffenen autonomen alternativen Raum und ordneten sich wieder in den Raum der kapitalistischen Gesellschaft ein. Die 1968er Bewegung rief zwar eine kulturelle Erschütterung im politischen und kulturellen System der entwickelten westlichen Länder hervor, doch führte sie nicht zur Überwindung der kapitalistischen Nationalstaaten. Was nun folgte war eine Phase der Enttäuschung, der Alternativlosigkeit und Starre. Dies betraf sowohl politische und soziale Bewegungen, wie auch politische und soziale Theorien.

Im Zusammenhang mit dem politischen Aufbruch und dem weltweiten Anwachsen sozialer Bewegungen gegen die neoliberale Globalisierung Ende der 1990er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends nahm David Harvey die Raumtheorie von Lefebvre wieder auf und entwickelte sie weiter (Harvey 2013). Er beschreibt insbesondere die Beschleunigung des Umschlages von kapitalistischen Räumen in nichtkapitalistische und baut die Kategorie einer „Time-Space-Compression“ ein. Die Korrelation zwischen Universalismen und differenzierten Räumen wurde so besser sichtbar. Ein weiterer wichtiger Autor für alternative kulturelle Räume ist Stuart Hall (Hall 2016), der ehemalige Leiter des „Center for Contemporary Cultural Studies“ an der Universität von Birmingham, der den „cultural studies“ Ansatz weiter entwickelte (Hall 2004-2016). In ihren Schriften betonen Harvey und Hall, dass alle Räume zwar von der neoliberalen Globalisierung durchgängig betroffen sind, dies aber in unterschiedlicher Weise vor sich geht und sich Antikapitalismus deshalb auch unterschiedlich entwickelt. Sie gehen von der Annahme aus, dass in autonomen Räumen Entwicklungen möglich würden, in denen alternative Konzepte der Lebensführung und des Naturverständnisses möglich sind, die die kapitalistische Logik der Vereinnahmung der Menschen und der Natur durch das Kapital entgegengesetzt wären.

Allerdings desavouierte David Harvey seine eigenen Auffassungen, dass durch alternative autonome Räume gesellschaftliche Veränderungen möglich seien, in seinem Buch „Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus“ von 2015: „ Die radikale Linke ist heute weitgehend marginalisiert und setzt ihre Hoffnungen auf begrenzte Aktionen und lokalen Aktivismus, der sich eines Tages zu irgend einer Form von befriedigender Makroalternative aufaddieren soll.(...) Autonome, anarchistische und lokale Perspektiven schießen aus dem Boden. Doch in dem Maße, wie die Linke versucht, die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen, konsolidiert die plutokratisch-kapitalistische Klasse weitgehend unbehelligt ihre Herrschaft.“ (Harvey 2015: 15) Harvey stellte statt alternativer Räume ein Gesamtkonzept für eine zukünftige Gesellschaft auf, die einem einheitlichen Schema folgen sollte.

Dieser Auffassung möchte ich die Ansätze zwei weiterer Autoren entgegenstellen. Der mexikanische Wissenschaftler und Aktivist Gustavo Esteva, der Gründer und Leiter der Universidad de la Tierra (Universität der Erde) in Oaxaca in Mexiko, hat aus zahlreichen Erfahrungen selbstverwalteter Gebiete, aber besonders aus der Besetzung der Stadt Oaxaca im Süden Mexikos, 2006 eine eigene Theorie über

alternative autonome Räume entwickelt. In Oaxaca schuf die „Volksversammlung der Völker Oaxacas“ (APPO) ein halbes Jahr lang ein alternatives basisdemokratisches und partizipatives System, in dem die Bürgersammlung alle wichtigen Entscheidungen traf, kollektive Abstimmungen stattfanden und Selbstverwaltung und Selbstversorgung praktiziert wurden. Oaxaca wurde oft mit der Pariser Kommune verglichen. Das Ende in Oaxaca war grausam, das mexikanische Militär besetzte die Stadt wie im Krieg, es wurden Menschen getötet, öffentlich gefoltert und hingerichtet, verschwinden gelassen und Kinder wurden gezielt als militärisches Mittel vergewaltigt.

Gustavo Esteva, ein begeisterter Anhänger der APPO, konstatierte, dass sie damals nicht beachtet hätten, welche Kräfteverhältnisse ringsum herrschten, dass der mexikanische Nationalstaat viel stärker als der Raum Oaxaca war und dass die Menschen in Oaxaca einen hohen Preis für ihren Mut und ihr Engagement zahlen mussten. Doch das Paradigma der Verweigerung gegenüber der kapitalistischen Kultur und der Schaffung von neuen Lebensperspektiven gab Esteva deshalb nicht auf. Was in Oaxaca trotz der Niederlage praktiziert wurde, war das Bewusstsein für das Gemeinsame, das kollektiv ausgehandelt wird. Gustavo Esteva nennt dieses Prinzip „Comunalidad“ (Esteva 2012). Die Verweigerung könne innerhalb alternativer autonomer Räume stattfinden, in denen man eine alternative Kultur lebt, die durch radikale und partizipative Demokratie und Umweltverträglichkeit geprägt ist. Für Gustavo Esteva sind die Zapatisten für alternative autonome Räume beispielgebend, da sie es fertig brachten, das Einzelne und Gemeinsame, das Subjekt mit dem Kollektiv in bestmögliche Übereinstimmung zu bringen. Gustavo Esteva sieht in der Ausweitung der vielen autonomen alternativen Räume unterschiedlichen Couleurs eine Chance, die Gesellschaft und mit ihr zusammen den Nationalstaat von der Basis und von innen her aufzubrechen. In erster Linie ist das für ihn ein Wettbewerb der Kulturen und nicht des Machtkampfes. Das Entscheidende ist, dass die direkt Beteiligten durch die Wiederaneignung des eigenen Lebens und der Natur, die gewonnene Souveränität gegenüber dem herrschenden System zu Transformateuren der kapitalistischen Kultur und mit ihnen des kapitalistischen Nationalstaates werden.

Der mexikanisch-britische Philosoph John Holloway, der das Buch „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“ (Holloway 2010) schrieb, unterstrich das „Gemeinsam Betroffen-Sein“ durch die tendenziell steigende Profitrate und die unmenschliche Beschleunigung der Lebensbereiche als Grundlage für die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Anders als Marcuse mit seiner „großen Verweigerung“ verweist er auf die „tagtägliche Verweigerung“ gegenüber dem Kapitalismus, die auch außerhalb von aktivistischem Handeln existiert und eine Gegenkultur entwickeln kann. In seinen Vorlesungen in San Francisco sagte er, dass es einen „Wandel der Grundlagen des Antikapitalismus – ein Wandel in unserem Denken über Antikapitalismus und ein Wandel der Formen der antikapitalistischen Aktionen“ gibt (Holloway 2017: 21).

Aus dieser Sicht sind all die in den 1990er und 2000er Jahren entstandenen Initiativen wie Degrowth, solidarische Ökonomie, Bedingungsloses Grundeinkommen, Stadtgärten, Bürgerhaushalte, Friedensinitiativen, Care und „universelle grundlegende Dienstleistungen“ und die großen Protestaktionen und

-märsche gegen den Abbau von Sozialausgaben und gegen Kriegstreiberei von großer Wichtigkeit. Sie bringen Menschen dazu, sich zu engagieren und zu wehren. Auch wenn sie das kapitalistische System, wie viele Care-Ansätze oder das bedingungslose Grundeinkommen, nicht von Grund auf in Frage stellen, so sind sie von ihren kulturellen Zielen, Bedürfnissen und dem Engagement her Samen und Elemente einer neuen politischen Kultur, von Anti-Gewalt und neuen Eigentumsverhältnissen. Die Solidarische Ökonomie z.B. geht von dem Grundsatz aus, dass nicht das Kapital, sondern der Mensch im Mittelpunkt des Wirtschaftens steht und dass Konkurrenz durch Kooperation ersetzt wird. Solidarische Ökonomie ist nicht nur eine Theorie, sondern gelebte Realität, die über den gesamten Erdball verbreitet ist und sehr unterschiedliche Projekte aufweist. Manche dieser Projekte sind nur dazu da, Widersprüche besser zu kontrollieren, andere sind weit voran geschritten, weisen basisdemokratische, selbst verwaltete und solidarische Strukturen auf, die innerhalb der kapitalistischen Nationalstaaten einen eigenen alternativen Raum bilden. In Brasilien gibt es derzeit zwischen 20.000 und 30.000 Betriebe der solidarischen Ökonomie, in der 3 Mio. Menschen beschäftigt sind. Unter Präsident Lula wurde in Brasilien ein eigenes Sekretariat für solidarische Ökonomie geschaffen, dem der Wissenschaftler Paul Singer vorstand.

Nach den Auffassungen von Gustavo Esteva und John Holloway entstehen durch alternative Räume „Risse“ in der offiziellen kapitalistischen Kultur und „brechen“ diese von innen her, insbesondere kulturell, auf. Sie sind eine Antwort auf die Frage von David Harvey, wie sich die vielen autonomen Initiativen zu einer „befriedigenden Makroinitiative aufaddieren soll(en)“ (Harvey ebd.).

4. Die zapatistische Bewegung als verstetigter alternativer Raum und Gegenorganisation

Hinsichtlich der autonomen alternativen Räume sind für uns diejenigen, die bereits eine organisierte und verfasste gesellschaftliche Realität darstellen und sich innerhalb eines abgegrenzten Territoriums kulturell lokal, transnational und translokal verstetigt haben, von besonderer Wichtigkeit. Diese Räume sind keine eigenen Staaten, lehnen Staatlichkeit sogar ab, und weisen sowohl eine andere als die kapitalistische Produktionsweise als auch eine radikal andere demokratische politische Kultur auf, was über den Begriff der „Gegenorganisation“ hinausreicht und eher eine neue Organisation auf basisdemokratischer und partizipativer Grundlage konstruiert.

Ein Beispiel sind die Zapatisten, die laut dem französischen Historiker Jerome Baschet „innerhalb der politischen Wissenschaften ein zentrales Objekt der Reflexion“ sind (Baschet 2017). Seit ihrem Aufstand 1994 gegen die postkoloniale und neoliberale Vernichtungspolitik der mexikanischen Regierung haben sich die Zapatisten als eine postmoderne Guerilla konstituiert, die sich gleichzeitig als emanzipatorische Bewegung verstehen. Sie sind zwar Guerilla, da sie bewaffnet sind, doch sie unterscheiden sich durch ihre Fokussierung auf Selbstverteidigung und die Unterordnung der bewaffneten Kräfte unter die Entscheidungsgewalt der zivilen Unterstützerbasis von ihren Vorgängern der klassischen Guerilla.

Emanzipatorische Bewegung sind sie deshalb, da sie die Übernahme der Macht ablehnen, horizontale Entscheidungsstrukturen haben und überwiegend gewaltlos agieren.

Ihre politische Kultur ist durch radikale Demokratie, Gendergerechtigkeit, Diversität, friedlicher Selbstbehauptung und einen nachhaltigen Umgang mit der Natur geprägt. Die von den Zapatisten organisierte Wirtschaftsform unterscheidet sich von der kapitalistischen Form durch die Nichtexistenz von Kapital, durch kollektives Eigentum und Verteilung, gemeinschaftliche Entscheidung und annähernder Selbstversorgung. In den zapatistischen Autonomien ist Land keine Ware, sondern ein „Raum der Verantwortung“ (Esteva 2012). Von den ehemaligen sozialistischen Staaten unterscheidet sich die Wirtschaftsform der Zapatisten durch eine andere Form des kollektiven Eigentums, nicht staatlichem, sondern gemeinschaftlichem Eigentum. Da die zapatistische Autonomie nicht in Form eines Staates, sondern einer Gemeinschaft operiert, kann es kein staatliches Eigentum geben. Die zu bearbeitenden Ländereien, Werkstätten und der Handel gehören den zapatistischen Gemeinden und werden in diesen durch die Gemeindemitglieder kollektiv verwaltet. Das kommunitäre Prinzip bewirkt, dass jede Gemeinde eigenständig agiert.

Die politische Form ist ebenfalls anders als in beiden Systemen: sie basiert auf der direkten politischen Teilhabe aller Mitglieder der politischen Gemeinschaft über die kollektiven Entscheidungen in der Vollversammlung, die die höchste politische Einheit darstellt, und über die direkte Amtsausübung. Nach dem Beispiel indigener Traditionen des Kargo- (Ämter-) Systems ist jedes Mitglied der Gemeinden verpflichtet, politische Ämter selbst auszuüben. Alle Mitglieder des „Rates der Guten Regierungen“ (oberstes Vertretungsorgan der zapatistischen Gemeinden) und der autonomen Gemeindeverwaltungen sind Gemeindemitglieder, deren Alltagstätigkeiten während ihrer administrativen Tätigkeit von der Gemeinde ausgeführt werden. Die Räte der „Guten Regierung“ in den fünf Caracoles (Regierungsbezirke) weisen eine kurze Amtszeit auf. Ziel ist es, die größtmögliche politische Partizipation zu erreichen und Korruption zu verhindern (Comité Clandestino Revolucionario Indígena 2005). Die Amtsträger setzen die in der Vollversammlung gemeinschaftlich getroffenen politischen Entscheidungen nach dem Prinzip des „Verwaltens“ und nicht des „Herrschens“ um. Dieses Prinzip nennen die Zapatisten „Gehorchend Regieren“, was bedeutet, dass das Volk regiert und die Regierung gehorcht. Diese Form widerspricht der politischen Organisation in den kapitalistischen Nationalstaaten, die meistens durch eine repräsentative und pluralistische Demokratie geprägt ist, die aber im ultraliberalen Zeitalter nicht mehr fasst und generell unzureichend ist, um den Volkswillen durchzusetzen. Der ehemalige Sprecher Subcomandante Marcos sagte in einem Interview, dass für die Zapatisten „Politik nicht ... eine Angelegenheit für Profis und auch keine Karriere oder Lebensform“ bedeutet. Weiter heißt es: „Das ist einer der wenigen Orte der Welt, an denen ein Regierungsmitglied nach Ende seiner Amtszeit genauso arm, mit den gleichen Bedürftigkeiten und zur gleichen Arbeit nach Hause zurückkehrt.“ (Subcomandante Insurgente Marcos 2008: 34).

Gustavo Esteva nennt diese Regierungsform „radikalen Pluralismus“ (Esteva 2012). Macht und Herrschaft werden also nicht nur als Machtübernahme im Staat

im Sinne der klassischen Guerilla oder der revolutionärer sozialistischen Bewegungen abgelehnt, sondern auch für das eigene politische System zurückgewiesen. „Die Macht ist ein exklusiver, ausschließender, auserlesener Raum. Und dann wurde das Anderssein auch offen verfolgt. Die Farbe, die Rasse, der Glaube, die sexuelle Präferenz wurden aus dem versprochenen Paradies ausgestoßen und die Hölle war ihre ständige Bleibe.“ (Subcomandante Galeano 2017) Die alternative politische Kultur zeigt sich darin, dass die zapatistische Gesellschaft nicht hierarchisch, sondern auf einer horizontalen Ebene organisiert ist.

6. Territoriale Verortung des alternativen autonomen Raumes der Zapatisten

Die autonomen alternativen Räume verfügen oftmals, wie auch der Nationalstaat, über ein eigenes Territorium, das ihnen entweder gesetzlich zugesprochen wurde (wie im Waffenstillstandsabkommen zwischen den Zapatisten und der mexikanischen Regierung aus dem Jahre 1995), oder einseitig deklariert wurde, wie durch die Zapatisten auf der Grundlage des Vertrages von San Andres aus dem Jahr 1996, der von der Regierung zwar unterschrieben, aber nie ratifiziert worden ist, auf der Grundlage der Verfassung, die Autonomien zulässt, oder aber durch politischen Druck durch Bewaffnung. Das Territorium der Zapatisten hat keine festen Grenzen, sondern verändert sich entsprechend des Beitrittes oder Austritts von Gemeindemitgliedern zur oder aus der EZLN ständig. 2019 deklarierten sich eine Reihe von weiteren indigenen Gemeinden zu zapatistischen Gemeinden, so dass sich das zapatistische Territorium in ganz Mexiko erheblich erweiterte. Es existieren auch viele gemischte Gemeinden, in denen sowohl Anhänger von Regierungsparteien als auch Zapatisten leben und eine parallele Verwaltungsstruktur herrscht. Außerdem hat sich das Territorium der Zapatisten in Form eines Einflussraumes durch das Zusammengehen mit dem Nationalen Indigena-Kongress CNI und dem Indigenen Regierungsrat CIG über seine Grenzen hinweg über ganz Mexiko erweitert, ohne dass man hier territoriale Grenzen ausmachen könnte. Die translaterale Erweiterung des zapatistischen Raumes auf eine mehr oder weniger große Unterstützergemeinschaft, die in verschiedenen Nationalstaaten der Welt zu Hause sind, löst dann die Kategorie des Territoriums ganz auf. Diese Linie läuft nach dem Prinzip der „globalen Vernetzung lokaler Widerstände“, womit der Raumbegriff und Territoriumsverständnis rein kulturell gedeutet werden kann. Insgesamt kann man konstatieren, dass autonome alternative Räume in erster Linie eine Gesinnungsgemeinschaft nach Ferdinand Tönnies darstellen und weniger einer in Nationalstaaten organisierten Gesellschaft entsprechen, in die man hineingeboren wird (Tönnies, 1887).

7. Die zapatistische Auffassung von Zivilgesellschaft als Gegenstück zum Staatsvolk

Aus der von Holloway und Esteva beschriebenen gemeinsamen Betroffenheitsperspektive vernetzten sich die Zapatisten mit der Zivilgesellschaft, als dessen Teil sie sich selbst betrachten. Die Zapatisten kommen dem westliche Verständnis von Zivilgesellschaft nahe, gehen jedoch in deren gesellschaftlichen Rolle darüber hinaus. Konstitutiv für das westliche Verständnis für Zivilgesellschaft ist dabei die Definition von Jürgen Habermas: „Ihren institutionellen Kern bilden jene nicht – staatlichen und nicht –ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern.... Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten.“(Habermas 1997: 443) Und weiter: Die Zivilgesellschaft „tritt nicht an die Stelle eines geschichtsphilosophisch ausgezeichneten Großsubjekts, das die Gesellschaft im Ganzen unter Kontrolle bringen und zugleich legitim für diese handeln sollte.“ (ebd: 450)

Für die Zapatisten bedeutet Zivilgesellschaft derjenige Teil der Bevölkerung, der nicht zur Regierung, politischen Parteien, dem Militär und kapitalistischen Großunternehmen gehört. Zivilgesellschaft ist für die Zapatisten das Gegenteil von Macht und befindet sich zu dieser in einem permanenten und konstitutiven Widerspruch. Die Zivilgesellschaft muss nicht, wie bei Habermas politisch aktiv sein, sondern ist in allererster Linie Verlierer der neoliberalen Globalisierung und der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei spielt die Vereinnahmung des Lebens der Menschen und der Natur durch das Kapital und die neoliberale Politik der Herrschenden eine fundamentale Rolle. Aus diesem Zustand erwächst für die Zivilgesellschaft die Notwendigkeit und politische Verantwortlichkeit für die Wieder-Aneignung des eigenen Lebens und der Natur.

Den Zapatisten geht es um Selbstermächtigung der von der neoliberalen Ausbeutung und Ausgrenzung Betroffenen und das ist nach ihrer Auffassung die Mehrheit der Gesellschaft in den Nationalstaaten. Sie selbst sehen sich als Indigene, Bauern und Arme als prototypisch für die unterdrückte und ausgeschlossene Zivilgesellschaft und leiten deshalb ihr Recht auf Widerstand daraus ab. Das bedeutet aber keineswegs die Einnahme einer Avantgardeposition. Die Zapatisten konterkarieren den Habermasschen Impetus, dass die Zivilgesellschaft „als Großsubjekt“ nicht die „gesamte Gesellschaft unter Kontrolle bringen“ und für diese „legitim handeln“ darf in zweifacher Hinsicht. Zum einen lehnen die Zapatisten entsprechend ihrer Zurückweisung von Macht die „Kontrolle“ der Gesellschaft strikt ab. Zum anderen sehen sie es als Notwendigkeit an, dass die Zivilgesellschaft „legitim für die Gesellschaft handelt“.

Ein wesentliches Kettenglied der Vernetzung der Zapatisten mit der Zivilgesellschaft besteht in dem gemeinsamen Vorgehen der EZLN mit dem Nationalen Indigena-Kongress (CNI). Dieser wurde auf Initiative der Zapatisten 1996 gegründet und schließt heute 33 indigene Völker und zusätzlich eine Reihe von ländlichen Gebieten, Stadtteilen und Stämmen ein (Congreso Nacional Indigena 2018). In vielen Gebieten des mexikanischen Nationalstaates stellen die Indígenas mit unter 10 Prozent Bevölkerungsanteil eine Minderheit dar, jedoch in

ländlichen Regionen wie in Oaxaca und Chiapas und vielen Großstadtvierteln beträgt ihr Anteil bis zu 85 Prozent (Esteva 2012). Somit ist ein großer Teil der mexikanischen Bevölkerung Mitglied des Indigena-Kongresses oder steht diesem nahe.

Der Nationale Indigena-Kongress bildete 2017 einen Indigenen Regierungsrat (CIG) und stellte für die Präsidentschaftswahlen in Mexiko 2018 die indigene Heilerin María de Jesús Patricio Martínez als eigene Kandidatin auf (Nationaler Indigena Kongress 2017). Da sie, anders als die Mehrheit der anderen Kandidat*innen nicht einer Partei verpflichtet war, sondern dem CNI und dem CIG verantwortlich und dessen Sprecherin ist, unterlief sie die politische Kultur des mexikanischen Nationalstaates. Es ging darum, der Logik der kapitalistischen Kultur und Herrschaft in Nationalstaaten eine andere Logik von Partizipation, Solidarität, Kollektivität und Diversität entgegenzusetzen. Die Registrierung der indigenen Kandidatin scheiterte letztendlich am offiziellen Prozedere der Nationalen Wahlbehörde, die die elektronische Registrierung von 866.593 Wahlstimmen zur Voraussetzung machte. In den indigenen Gebieten war die Erfüllung dieser Bedingung auf Grund der fehlenden elektronischen Infrastruktur und des entsprechenden Equipments nicht möglich. Somit konnte die indigene Kandidatin nicht die geforderte Stimmenzahl für eine Kandidatur erreichen. Trotz des Scheiterns der Kandidatur brachte der Wahlkampf der indigenen Kandidatin einen breiten nationalen Diskussionsprozess über den Zustand des mexikanischen Staates und möglicher Alternativen zu einer anderen Organisation als dem Nationalstaat in Gang. Dabei kamen die Sorgen der Mexikaner zur Sprache, die unter den extremen sozialen, rassistischen und Genderunterschieden, der Naturvernichtung und der endemischen Gewalt besonders leiden. Der indigene Präsidentschaftsvorschlag protegierte nicht nur die Verbesserung der Lage der Indigenen, sondern eine andere soziale Kultur, die von unten ausgeht und die der von den Zapatisten geübten politischen kommunitären Kultur entspricht. In der Erklärung des CIG zum Wahlkampf heißt es: „Es ist also ein Wettbewerb, der mit Betrug, Geld und Macht gewonnen werden kann, wie die Ware, welche die Wahlen der politischen Klasse ist, in der es keinen Platz für die Worte derer von Unten gibt noch geben wird, von denen, die indigen sind oder jenen, die nicht Teil eines pueblo originario (ursprünglichen Volkes) sind, die aber die Macht verachten und Demokratie aufbauen, indem kollektive Entscheidungen getroffen werden, die dann in einer Straße, in einer Nachbarschaft, in einer Gemeinde, einem Ejido (Gemeinschaft auf staatlichem Boden), einem Kollektiv, einer Stadt oder einem Bundesstaat zu einer Form des Regierens werden.“ (Indigener Regierungsrat 2018) Aus dem Zitat kann abgelesen werden, dass eine andere, neue Kultur der Ablehnung von Macht und Durchsetzung einer Basisdemokratie innerhalb alternativer autonomer Räume gemeint ist, die nicht nur die Indigenen, sondern alle durch die kapitalistische Kultur Betroffenen meint.

8. Die zapatistische Anti-Gewalt gegen die staatliche Gewalt in Mexiko

Parallel zur neoliberalen Entwicklung haben sich im mexikanischen Nationalstaat die Drogenmafia und das organisierte Verbrechen ausgebreitet, die mit den offiziellen Behörden wie der Polizei und Regierungs- und Militärmitgliedern und der Justiz eine Liaison eingegangen sind. Morde, das Verschwindenlassen, willkürliche Festnahmen, Folter und die Femizide (Frauenmorde) prägen in Mexiko den Alltag. Unter Präsident Peña Nieto sind von Dezember 2012 bis Dezember 2018 über 100.000 Menschen ermordet worden. 35.000 Personen gelten als verschwunden (Vogel 2018). Nur zwei Prozent der Verbrechen werden aufgeklärt. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2018 wurden in Mexiko 91 Amtsanwärter und Politiker ermordet (Hillenbrand 2018). Ein Beispiel, das weltweit Aufmerksamkeit erregte, ist das Verschwindenlassen von 43 Studierenden des Lehrerseminars in Ayotzinapa im Bundesstaat Guerrero. Der Bürgermeister von Iquala, der Beziehungen zur Drogenmafia hat, wollte einen politischen Protest der Studierenden verhindern, ließ die Studierenden durch die Polizei festnehmen und übergab sie der Drogenmafia. Auch eine Beteiligung von Militärs wurde beobachtet. Seit diesem Ereignis vor fast vier Jahren fehlt jede Spur von den Studenten. Trotz weltweitem Protest und der Untersuchung internationaler Menschenrechtskommissionen konnte der Fall bis heute nicht aufgeklärt werden. Unter dem neuen Präsidenten Lopez Obrador von der sozialdemokratischen Partei Morena, der versprach, das organisierte Verbrechen wirksam zu bekämpfen, ist die Tötungsrate um 9 Prozent gestiegen.

Der kamerunische Politikwissenschaftler und Postkolonialismusforscher Achille Mbembe gebrauchte für die Gewaltkultur den Begriff der „Nekropolitik“ (Mbembe 2011: 63–96). Es wird danach gefragt, was und wer Leben und Tod erlaubt, d. h. nach der Macht über die Souveränität des Lebens. Dabei geht es darum, dass staatliche und nichtstaatliche Akteure „Gewalt“ als Ordnungsfaktor benutzen und somit bestimmen, wer leben darf und wer sterben muss. Der klassische politische Grundsatz des Gewaltmonopols durch den Staat wird durch die Übernahme der Macht anderer nichtstaatlicher Akteure, über Leben und Tod zu bestimmen, grundlegend verletzt. Aufgrund der Schwäche des Staates, insbesondere durch Korruption, behördliche Ineffizienz und der Abgabe von Souveränität an andere Staaten und Unternehmen, ist der mexikanische Staat mitsamt seinen Sicherheitskräften eng mit den anderen Gewaltakteuren verbunden, wird von diesen erpresst, ausgeschlossen oder tritt mit ihnen sogar in einen arbeitsteiligen Austausch, wenn es um das Vorgehen gegen Oppositionelle, missliebige Journalisten, Lehrer, soziale emanzipatorische Bewegungen oder Migrant*innen geht.

Im Gegensatz zu der Nekropolitik und endemischen Gewalt in Mexiko ist in den selbstverwalteten zapatistischen Gebieten eine neue Kultur der Anti-Gewalt entstanden. In den zapatistischen Gebieten kann keine Drogenmafia gefunden werden. Innerhalb der basisdemokratischen Gemeinden ist ein kollektives Verantwortungsbewusstsein der einzelnen Gemeindemitglieder entstanden, das die gemeinschaftlich verfassten Regeln wie Drogen- und Alkoholverbot verinnerlicht und eine Kultur der sozialen Kontrolle hervorgebracht hat, was Drogenhandel und -konsum einfach nicht möglich macht. Hinsichtlich der Gewalt wurde diese entscheidend zurückgedrängt durch die Selbstverteidigungsstrategie der Zapatisten, die überwiegend aus zivilen Mitteln

besteht, die militärische und gewaltsame Mittel ersetzen. Die EZLN – Zapatistisches Heer der Nationalen Befreiung – ist nicht Befehlsorgan und nicht Regierung, sondern fungiert lediglich als militärischer Arm der Selbstverteidigung, der sich der zivilen Vollversammlung und den zapatistischen Regierungen unterordnen muss. Dies hängt in entscheidendem Maße mit der Funktionsbestimmung des bewaffneten Kampfes und der Ablehnung von Macht zusammen. Die militärische Leitung befindet sich in den Händen des „Geheimen Aufständischen Indigenen Komitees“ der Zapatisten, das aus Zivilisten besteht. Hierin unterscheidet sich die EZLN maßgeblich von der klassischen Guerilla, in der die bewaffneten Kräfte sowohl die militärische als auch zivile Führung innehaben. Da sich die Zapatisten 1994 entschlossen, den Weg eines „bewaffneten Pazifismus“ zu folgen, musste Gewalt durch andere Mittel ersetzt werden, um die zapatistische Autonomie aufbauen zu können. Der Aufbau der Autonomie wurde von einem ganzen Netzwerk des Selbstschutzes begleitet. Die Bewaffnung der EZLN ist nur ein Bestandteil davon. Ein weitaus wirksamerer ist die Herstellung von Gegenöffentlichkeit bzw. einer eigenen Öffentlichkeit, die als Schutzmantel der Zapatisten zu verstehen ist.

9. Transnationale Vernetzung und Internationale Menschenrechtsarbeit als Ersatz für Gewalt

Ein weiterer Punkt der Anti-Gewalt der Zapatisten sind die translokalen oder transnationalen Connections nach dem Grundsatz der „globalen Vernetzung lokaler Widerstände“. Dabei spielen Solidaritätsorganisationen und Informationsnetzwerke, die über die ganze Welt verstreut sind, eine große Rolle. Allein in Deutschland arbeiten 15 Menschenrechtsorganisationen in der „Mexiko-Koordination Deutschland“. Darüber hinaus gibt es weitere autonome Organisationen, die sich im „Ya Basta-Netzwerk“ koordinieren. In der Schweiz bestehen ähnliche autonome alternative Räume wie die Gruppe „Longo Mai“

oder ökologische Kollektive, die nach ähnlichen Grundsätzen wie die Zapatisten leben und die Zapatisten materiell durch Schulbauten oder Krankenhäuser unterstützen. Auch gibt es eine große Zahl von Künstlerkollektiven in Europa, den USA und Lateinamerika, die sich die zapatistischen Ideen zu eigen machen.

Die „internationale zivile Menschenrechtsarbeit“ gehört zu den wichtigen Punkten der zapatistischen Kultur der Anti-Gewalt, an der die mexikanische Regierung in ihrem Vorgehen gegen die Zapatisten und Indigenen nicht mehr vorbei gehen kann. Das Multiebenen-Netzwerk besteht in einem Meldeverfahren internationaler ziviler Menschenrechtsbeobachter vor Ort an zivile und staatliche Menschenrechtsorganisationen in Mexiko, der Weitergabe von Beschwerden an internationale Organisationen, wie dem Menschenrechtsrat der UNO und der Menschenrechtskommission der EU, und der darauffolgenden Rechenschaftspflicht der mexikanischen Regierung über Verletzungen internationaler Verträge. Es wurden bereits Sanktionen über den Rahmenvertrag zwischen der EU und Mexiko 2000 wirksam. Allerdings sind mit der Neuverhandlung des Rahmenvertrages zwischen der EU und Mexiko 2018 die

Rechenschaftspflicht der mexikanischen Regierung über die Menschenrechtslage im Land weggefallen und damit auch internationale Interventions- und Sanktionsmöglichkeiten minimiert worden (Haun 2018). Nichtsdestotrotz bleibt die internationale zivile Menschenrechtsbeobachtung eine wesentliche Säule des Schutzes der zapatistischen Gemeinden, denn das in Jahrzehnten errichtete internationale Menschenrechtsnetzwerk ist komplex und hat so vielfältige Verbindungen zwischen ziviler und staatlicher Politik entwickelt, dass diese von Vertragsänderungen wie dem zwischen der EU und Mexiko zwar nicht unberührt lässt, aber, insbesondere über die UNO, verschiedene linke politische Parteien in Europa und den USA, der europäischen Bürgerunion und internationalen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder World Human Watch weiterhin wirksam bleibt.

10. Symbolische Repräsentation und partizipative Öffentlichkeit ersetzen bewaffnete Gewalt

Der Aufbau der zapatistischen Autonomie war von Beginn an durch eine ausgeprägte symbolische Repräsentation gekennzeichnet. Diese ist wichtiger Bestandteil der Selbstvergewisserungs- und Verteidigungsstruktur der Zapatisten unter den Bedingungen einer unsicheren Existenz als auch des Drucks durch die Counterinsurgency-Strategie der Regierung und paramilitärischen Attacken. So ersetzen Symbole den bewaffneten Kampf in der Auseinandersetzung mit der Regierung und erreichten einen hohen Wirkungsgrad.

Oscar Negt und Alexander Kluge verwiesen schon im Zusammenhang mit der 1968er und 1970er Studentenbewegung auf die Bedeutung von „Gegenöffentlichkeit“, wobei sich diese von der der Zapatisten dadurch unterscheidet, dass es den Zapatisten nicht nur um „die symbolische Entkleidung der Herrschenden“ geht, sondern auch um die Vermittlung der eigenen Anliegen (Negt & Kluge 1972). „Gegenöffentlichkeit“ ist bei den Zapatisten aber nicht nur darin zu verstehen, dass sie der offiziellen „institutionalisierten Öffentlichkeit“ (Habermas) eine eigene „nicht institutionalisierte Öffentlichkeit“ entgegensetzten, sondern dass sie unter dieser auch eine andere als die der bisherigen der traditionellen Linken und der klassischen Guerilla verstehen. Öffentlichkeit ist bei den Zapatisten partizipativ und kommunal zu verstehen, d.h. sie wird von allen Gemeindemitgliedern mitgestaltet (Beispiel: partizipative Radios und Wandmalerei).

Von Beginn an wurde man auf die Zapatisten in Mexiko und in der ganzen Welt durch ihre einzigartige symbolische Repräsentation aufmerksam. Die Pasamontaña, die Gesichtsmaske, war Ausdruck der Gesichtlosigkeit der Indigenen, die erst dann bemerkt wurden, als sie diese Maske trugen und ihr Gesicht verdeckten. Auf einmal wurden sie in der Gesellschaft als individuelle Gruppe mit eigenen Bedürfnissen wahrgenommen. Dem entsprach auch der Slogan der Zapatisten, „sich das Gesicht zu verdecken bedeutet ein Gesicht zu haben.“ Die Zapatisten arbeiteten viel mit Paradoxien, d.h. mit Aussagen, die einen scheinbar unauflösbaren Widerspruch beinhalten, aber verdeckte

Wahrheiten aufdecken. Die Paradoxien entsprechen einerseits der indigenen Tradition, die eine sich widersprechenden dialektische Maya-Götterwelt repräsentieren. Die Paradoxien zeigen andererseits auch ganz deutlich Merkmale der Postmoderne, indem sie gewohnte und gewachsene Deutungsmuster und Selbstvergewisserungen gegenüber der dominanten Kultur konterkarieren und dekonstruieren. Diese ungewohnte Logik, das als Aporie verstandene Vorbringen, erzeugt in erster Linie Aufmerksamkeit, aber auch Nachdenken und neue Blicke auf als nicht lösbar hingegenommene ungerechte Strukturen der Gesellschaft. Zapatistische Slogans wie „Wir hinter euch sind wir“, „Alles für alle, nichts für uns“, „Wir sterben, um zu leben“ oder „Wir kämpfen, damit wir nicht mehr nötig sind“ zeigen den paradoxen Charakter der symbolischen Repräsentation der Zapatisten.

Besondere Bedeutung für die Zapatistische Öffentlichkeit kommt den Narrationen des Sprechers der EZLN Subcomandante Insurgente Marcos zu. Eine ganze Generation von antineoliberalen Aktivisten in Chiapas, Mexiko und in der ganzen Welt verband mit diesem mit Pasamontaña¹, Uniform, Pfeife und einem zerschlissenen Halstuch bekleideten Guerillero eine neue Art des Widerstandes, gewaltlos, machtabstinent, antietatistisch und basisorientiert. Nicht wie bei anderen Befreiungsbewegungen treten die Zapatisten allein mit Appellativen an die Öffentlichkeit, sondern mit Geschichten, die verschiedene Kulturelemente in sich vereinigen und somit in verschiedenen Kulturen anschlussfähig machen. Marcos erfand Personen wie den Alten Antonio, das Mädchen Tonita und den Käfer Durito, alles Figuren aus dem Lakandonischen Urwald, die er auf paradoxe Weise mit Betrachtungen über den Neoliberalismus und mit Shakespeare verband. Der alte Antonio war Dorfältester in der Zeit der Gründung der EZLN gewesen und stellte eine allgemein respektierte Autorität dar. Nachdem er starb, erschien er Marcos immer wieder und trat mit ihm über die Lage der Zapatisten in einen Dialog. Der alte Antonio gab keine Ratschläge, sondern erzählte alte Mayalegenden, aus denen die Rezipienten Schlussfolgerungen ziehen können. Der Käfer Durito, der klein und zerbrechlich war und ständig Gefahr lief, zertreten zu werden, verspottete Marcos, da dieser die wahren Zusammenhänge des Neoliberalismus nicht erkannte und belehrte diesen. Durito war Don Quichote und Marcos sein Schildknappe Sancho Panza, die beide die absurde Idee hatten, die Welt zu verändern, und sich vorkamen, als würden sie Windmühlen bekämpfen. Das Mädchen Toñita, das in den Armen von Marcos starb, erschien Marcos wieder und wieder, ähnlich wie der alte Antonio, und konterkarierte die Überzeugungen von Marcos durch die kindliche Frage, die durchaus eine unschlagbare heuristische Logik aufwies und als Korrektiv zapatistischer Überzeugungen wirkt. Marcos schloss mit diesen Narrationen, die über das Internet in der ganzen Welt bekannt wurden und in Zeitungs- und Buchform erscheinen, an andere Kulturen an und machte sie sogar oft zu einem inneren Anliegen der Rezipienten fern liegender Kulturen, indem er eine sensitive Brücke schuf. Auch die Identifizierung von Marcos mit Figuren wie El Cid, Robin Hood, Zorro, Emiliano Zapata, Che Guevara, Don Quichotte und Sancho Panza verwies auf die Brücke zur westlichen Welt.

¹Gesichtsmaske, die die Indigenen zu ihrem Schutz vor Kälte in den Bergen von Chiapas von jeher trugen und die nun zum Symbol des Widerstandes wurde.

Um das Paradoxon Marcos zu paradoxieren, d.h. eine doppeltes Paradoxon zu schaffen, trat Marcos im Dezember 2014 zurück. Die Sprecherfunktion und die militärische Führung übergab er an einen Indigenen, Subcomandante Moises. Marcos präsentierte sich als Spuck, der sich überlebt hatte. Er sagte: „Wenn Sie mir erlauben, die Figur des Marcos zu definieren, so würde ich ohne zu zögern sagen, dass er ein Hanswurst, eine Verkleideter war. Und wir haben gesehen, dass der Hanswurst, der Harlekin, die Figur, das Hologramm nicht mehr nötig war.“ (Subcomandante Insurgente Marcos 2014) Anlass für die Aufhebung des Paradoxons war ein weiteres Paradoxon. Paramilitärs hatten einen angesehenen Lehrer der zapatistischen Gemeinde La Realidad ermordet. Um den Tod des Lehrers zu entgegnen, verübten die Zapatisten keine gewaltsame Rache gegen die Paramilitärs, sondern machten den Ermordeten „wieder lebendig“, indem sie den bekanntesten Zapatisten Subcomandante Insurgente Marcos symbolisch sterben und in der Gestalt des ermordeten Lehrers wieder erscheinen ließen. Subcomandante Marcos wurde zu Subcomandante Galeano. Diese Reinkarnation vermittelte die Implikation, dass die Zapatisten die Rollen tauschen können, dass sie über primitiver gewaltsamer Rache stehen, dass Morde als staatlich geförderter Terrorismus keine Angst verbreiten kann, sondern der zapatistische Weg des Aufbaus der Autonomie weiter beschritten wird. Der ewige Kreislauf und die übliche Logik von Rache und Vergeltung wurden somit unterbrochen und auf eine neue Stufe gehoben. Damit wurde an die indigene Überzeugung des Zusammenlebens mit den Toten und gleichzeitig an den christlichen Auferstehungsmythos angeschlossen. Diese symbolische Repräsentation paralyisierte die politische und militärische Macht der Mörder und ihrer Unterstützer und beschämte diese.

Der Doppeltod, der reale Tod des Lehrers und der symbolische Tod des Subcomandante Marcos, war Sakralisierung und Profanisierung des Opfers zugleich, die das Opfer schlicht zum Sieger verkehrte.

Die Zapatisten hatten eine Entwicklungsstufe erreicht, in der die eigenen Strukturen gestärkt waren, eine neue Generation herangewachsen war und politische Ämter übernahm, die organisatorischen Strukturen wie basisdemokratische politische Entscheidungsfindung, Gesundheitsversorgung, Erziehungs- und das ökonomische Versorgungssystem einen Funktionsgrad erreicht hatte, der den Mitgliedern der zapatistischen Gemeinden ein besseres Leben gewährleistete.

Fazit

Alternative autonome Räume sind in dreierlei Hinsicht als Herausforderung für den Nationalstaat zu betrachten: Erstens sind sie eine Reaktion auf die zunehmenden sozialen Verwerfungen des Nationalstaates auf der Basis des Neoliberalismus und Ultraliberalismus von „Black Rock“ und der damit zusammenhängenden Entdemokratisierung. Die Mitglieder der autonomen alternativen Räume fordern die Gewährleistung sozialer Rechte auf basisdemokratischer Ebene ein, aber nicht durch den Staat, sondern durch die Bevölkerung, die Zivilgesellschaft selbst. Zweitens sind sie eine Begleiterscheinung der Fragmentierung der nationalen Territorien und Bildung von ultraliberalen

Enklaven innerhalb von Nationalstaaten, die als eine Auflösungserscheinung derselben betrachtet werden können, nur dass autonome alternative Räume das Gegenteil dessen darstellen, was die Wirtschaftssonderzonen bedeuten. Drittens haben autonome alternative Räume eine andere gesellschaftliche Organisation als die kapitalistischen, aber auch als die sozialistischen Nationalstaaten. Sie verbinden gemeinschaftliches kollektives Eigentum mit einer Basisdemokratie, die Herrschaft ablehnt und die auf partizipativer Basis existieren. Diese Form gesellschaftlicher Organisation ist staatsfern. Sie bevorzugt kommunitäre und partizipative Organisationsformen. Viertens: Die territorialen Grenzen des Nationalstaates werden in den autonomen alternativen Räumen aufgelöst und durch passagere territoriale Grenzen charakterisiert. Diese Grenzen werden nicht durch einen dominanten Staat festgelegt, sondern richten sich nach dem Zugehörigkeitsbekenntnis im Sinne der Tönniesschen Gemeinschaftsauffassung. Das Gewaltmonopol unterliegt in den autonomen alternativen Räumen nicht einem omnipotenten Staat, der dies in seiner ultraliberalen Form gar nicht mehr gewährleistet, sondern der Gemeinschaft, wie das in den zapatistischen Gemeinschaften anhand der Unterordnung der EZLN unter die Beschlüsse der Vollversammlung sichtbar wurde. Auch hier dominiert die partizipative und kommunitäre Form.

Die Realisierung einer antikapitalistischen solidarischen politischen Organisation wird nach Auffassung der Autorin nicht nur innerhalb verschiedener alternativer Aktivitäten und Organisationen wie der Alterglobalisierungsbewegung, Degrowth, der solidarischen Ökonomie und Protestbewegungen wie gegen Trump in den USA und gegen die Regierung Macrón durch die „Gelbwesten“ in Frankreich ermöglicht, sondern in allererster Linie innerhalb alternativer autonomer Räume, die sich bereits verstetigt haben. Alternative autonome Räume machen antikapitalistische Entwicklungen im Sinne der Realisierung der „wahren Bedürfnisse“ von Herbert Marcuse, der „Comunidad“ von Gustavo Esteva und der Machtabstinenz von John Holloway innerhalb einer kapitalistischen Umgebungskultur möglich. Sie stellen Samen einer zukünftigen umfassenderen gesellschaftlichen und politischen Organisation dar, die durch Solidarität, Diversität, Gendergerechtigkeit, Naturverträglichkeit und Kollektivität geprägt sind und sich an das Prinzip des Zugehörigkeitsbekenntnisses zur Gemeinschaft ausrichten.

Den kapitalistischen Nationalstaaten setzen autonome alternative Räumen eine andere Logik entgegen, die die dominante Logik unterläuft, „Risse“ erzeugt und das Potential in sich trägt, die dominante Form gesellschaftlicher Organisation der Nationalstaaten aufzubrechen.

Literatur

Baschet, Jerome (2017): Podemos gobernarnos nosotros mismos. La Autonomía, una política sin el estado. Junetic Conatus: Edición CIDESI,-Unitierra, Chiapas.

Buess, Urs (2013): Eine Welt mit anderen Regeln In: TagesWoche vom 11.10.

Campo Palacios, Daniel (2018): Calendario y Estado nasa. In: Palabras al Margen vom 14.03.

Comité Clandestino Revolucionario Indígena Comandancia General del Ejército Zapatista de Liberación Nacional (2005): Sexta Declaración de la Selva Lacandona. Mexiko Junio 2005.
<http://www.nodo50.org/pchiapas/chiapas/documentos/selva-vi/selva-vi.htm>
 (Abruf: 23.09.2017).

Congreso Nacional Indígena (2018): Website.
<https://www.congresonacionalindigena.org/> (Abruf: 11.05.2018).

Derrida, Jacques (2004): Die différance. Ausgewählte Texte. Stuttgart: Reclam.

Dutschke, Rudi (1967): Der lange Marsch. In: Spiegel vom 11.12.
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46209544.html> (Abruf: 20.04.2018).

Esteva, Gustavo (2012): Hoffnung von unten – das besondere Prinzip des Zusammenlebens in Oaxaca. In: Commens. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. <http://band1.dieweltdercommons.de/essays/gustavo-esteva-hoffnung-von-unten-das-besondere-prinzip-des-zusammenlebens-in-oaxaca/>
 (Abruf: 05.01.2018).

Europäisches Bürger*innenforum (2018): Erklärung des Europäischen Bürger*innenforums im April 2018. <https://www.forumcivique2.org/kampagnen-campagnes-news/> (Abruf: 08.05.2018).

Falero, Alfredo (2015): La potencialidad heurística del concepto de economía de enclave para repensar el territorio en Revista NERA, N° 28, Edición Especial (pp 223 – 240). UNESP – Universidade Estadual Paulista.

Frankfurter Rundschau (24.09.2018): Rodung des Hambacher Waldes derzeit unzulässig. <http://www.fr.de/politik/raeumung-der-protestcamps-rodung-des-hambacher-walds-derzeit-unzulaessig-a-1588673> (Abruf :03.12.2018)

Habermas, Jürgen: Faktizität und Geltung. Frankfurt 1997.

Hall, Stuart (2004-2016): Ausgewählte Schriften. Hamburg: Argument Verlag mit Ariadne.

Harvey, David (2013): Rebellen Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution. Berlin: Suhrkamp.

Harvey, David (2014): Seventeen Contradictions and the End of Capitalism. London: Profile Books; Ders. (2015): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus. Berlin: Ullstein.

Haun, Saskia (2018): Mexiko und Europäische Union schließen Freihandelsabkommen ab. In: amerika21 vom 28.04.
<https://amerika21.de/autor/saskia-haun> (Abruf: 28.04.2018).

Heer, Hannes (2018): Spiel mit dem Pogrom. In: Junge Welt vom 21.02.2018, S.12.

Hillenbrand, Leticia (2018): Mexiko vor den Wahlen: 91 Amtsanwärter und Politiker ermordet. In: amerika21 vom 12.05.

Holloway, John (2010): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. 4. Auflage. Westfälisches Dampfboot, Münster.

Holloway, John (2017): Wir sind die Krise des Kapitals... und wir sind stolz darauf. Die San Francisco-Vorträge. Münster: Unrast.

Indigener Regierungsrat (2018): Erklärung. Falta lo que falta. April. <https://www.congresonacionalindigena.org/2018/05/02/falta-lo-falta/> (Abruf 29.04.2018).

Jellinek, Georg (1900): Allgemeine Staatslehre (= Recht des modernen Staates. Bd. 1) Berlin; 2. Auflage 1905 (Digitalisat); 3. Auflage 1914 (Digitalisat)

Lefebvre; Henri (1991): The Production of Space. New York: Wiley-Blackwell.

Longo Mai (2018): Website. <https://www.prolongomai.ch/> (Abruf: 08.05.2018).

Marcuse, Herbert (1967): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Übers. von Alfred Schmidt. Luchterhand, Neuwied 1967. (original): One-Dimensional Man. Boston: Beacon 1964.

Mbembe, Achille (2011): Nekropolitik. In: Pieper, Marianne / Atzert, Thomas/ Karakayali, Serhat / Tsianos, Vassilis (Hrsg.): Biopolitik in der Debatte. Wiesbaden, Springer VS.

Mexico. <https://www.congresonacionalindigena.org/2017/04/07/nationaler-indigena-kongress-aufruf/> (Abruf: 11.05.2018).

Nationaler Indigena Kongress (2017): Aufruf vom 01.01.

Rucht, Dieter (1997): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/M.: Campus.

Rügemer, Werner (2018): Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Köln: PapyRossa Verlag.

Negt, Oskar und Alexander Kluge (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt am Main.

Roy, Arundhati (2002): Die Politik der Macht. Goldmann.

Subcomandante Insurgente Marcos (2008): Kassensturz und Interview mit Laura Castellanos. Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg.

Subcomandante Insurgente Marcos (2014): Zwischen Licht und Schatten. Brief zum Abschied von Marcos. La realidad am 25.05.

Subcomandante Galeano (2017): Subcomandante Galeano (2017). Die Mauern oben, die Risse unten (und links). Mexico, 17.02.

<http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2017/02/14/los-muros-arriba-las-grietas-abajo-y-a-la-izquierda/> (Abruf: 31.03.2017).

Tönnies, Ferdinand (1887): Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen. Berlin, 1887 (Digitalisat und Volltext im Deutschen Textarchiv); ab der 2. Auflage 1912 mit dem Untertitel Grundbegriffe der reinen Soziologie. Nachdruck der 8. Auflage (2010) Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Tzermias, Nikos (2018): Macron rückt von umstrittenen Flughafenprojekt bei Nantes ab. In: Neue Zürsche Zeitung vom 17.1.2018. <https://www.nzz.ch/international/macron-rueckt-von-umstrittenem-flughafenprojekt-bei-nantes-ab-ld.1348552> (Abruf 11.01.2019).

Universidad de la Tierra (2018): Website. <http://unitierraoax.org/> (Abruf: 26.04.2018).

Vogel, Wolf-Dieter (2018): Ein schrecklich moderner Staat. In: taz vom 27.04.

Volkert, Lilith (2018): Macron wählt ein Ende mit Schrecken. In: Süddeutsche Zeitung vom 17.01. <http://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-macron-waehlt-ein-ende-mit-schrecken-1.3829800>. abgerufen am 07.05.2018.